

Gedanken zum Jahresanfang 2006

Ein Mittagessen für 1,49 Euro

Ein politisch ereignisreiches Jahr ist vorbei. Die Bundesrepublik Deutschland wird seit wenigen Wochen erstmals von einer Kanzlerin regiert. Dies findet unbestritten Eingang in die Geschichtsbücher künftiger Generationen. Aber das Jahr 2005 stand auch für die Umsetzung der so genannten Hartz-IV-Reform. Die Regelungen wirkten seit Jahresbeginn und haben zu einem erheblichen Anstieg des Defizits im Bundeshaushalt geführt. Die erhofften Impulse für den Arbeitsmarkt blieben aus. Stattdessen wurde das Lohnniveau - insbesondere in Ostdeutschland - durch die Einführung der so genannten Ein-Euro-Jobs weiter abgesenkt. Hartz IV führt unser Land nicht aus der Krisensituation heraus, sondern stellt eine weitere Umdrehung in der Abwärtsspirale dar.

Aus der Bilanz 2005 dürfen folgende Zahlen nicht fehlen. Sie sollten allen Politikern gegenwärtig sein. Wie hätte Ihr Weihnachtsfest ausgesehen, wenn Sie genau 3,81 Euro für Ernährung und Getränke pro Tag ausgeben dürften? Das ist der Tagessatz, der einem allein stehenden Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Ostdeutschland (Regelleistung 331 Euro) zur Verfügung steht. Entsprechend der Einkommens- und Verbraucherstichprobe aus dem Jahr 1998, deren Ergebnisse zur Festlegung der Regelleistung auf den Stand 01.01.2005 hochgerechnet und fortgeschrieben wurden, müssen ALG-II-Empfänger täglich mit 0,83 Euro für das Frühstück und jeweils mit 1,49 Euro für Mittagessen und Abendbrot auskommen. Und das 365-mal im Jahr, auch zu Weihnachten und anderen Feiertagen.

Und da die inzwischen abgewählte rotgrüne Bundesregierung Anfang des Jah-



res auch die bisherige Weihnachtsbeihilfe für einkommensschwache Haushalte abgeschafft hat, reichte das Budget von Hartz-IV-Betroffenen kaum für den Tannenbaum und den Christbaumschmuck.

In der ALG-II-Regelleistung ist auch ein Betrag für Spielzeug vorgesehen. Und zwar 1,50 Euro im Monat. So durften die Weihnachts- und Geburtstagsgeschenke pro Kind ganze 18 Euro kosten. Zwar sind Geschenke nicht alles, aber unter den genannten Bedingungen ist es einfach zynisch, wenn Politiker und Wirtschaftsvertreter, die das ganze Jahr über die so genannte Hartz-Reform verteidigen, allen Menschen - also auch den Hartz-IV-Betroffenen - frohe Weihnachten wünschen.

Hinzu kommt, dass nicht wenige Arbeitslosengeld-II-Empfänger auch während der Feiertage damit belastet waren, an den bevorstehenden Zwangs-

umzug zu denken, weil die Größe bzw. die Kosten ihrer Wohnung über den festgelegten Richtwerten liegen. Und auch hier versprühen die entsprechenden Bescheide oftmals puren Zynismus, denn nicht selten leben die Betroffenen ja bereits in Sozialwohnungen.

Angesichts dieser Zahlen, die mit zahlreichen menschlichen Schicksalen verbunden sind, kommt bei mir nur eine Hoffnung auf, dass die gesellschaftlichen Zustände sich durch das Handeln der Menschen verändern können. Wir sollten im Jahr 2006 alles dafür tun.

Dieser Anspruch ist für mich eine große Motivation, für die Belange von Benachteiligten sowie für eine gerechtere Gesellschaft zu streiten.

Diana Golze

Mitglied des Deutschen Bundestages

Arbeitsgruppe HARTZ IV gegründet

Am 8. Dezember 2005 traf sich erstmals die neu gegründete Arbeitsgruppe Hartz IV der Kreistagsfraktion Potsdam-Mittelmark der Linkspartei.PDS.

Ein Jahr Hartz IV beweist - es kann so nicht bleiben! Statt zu diskutieren, warum Hartz IV prinzipiell am Ziel der Senkung der Arbeitslosigkeit vorbeigehen muss, werden die Opfer des repressiven Armuts-Gesetzes Hartz IV zu Tätern gemacht. Die Situation der NichtleistungsempfängerInnen ist hochproblematisch - dies betrifft nicht nur das ALG II!

Die Arbeitsgruppe greift die Probleme der Betroffenen auf, um sie zu verallge-

meinern und in den parlamentarischen Gremien entsprechende Entscheidungen herbeizuführen.

Kontakte:

Bernd Kümmitz, Tel. 033205/25404,

E-Mail: kater4712@gmx.de

Kreisgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS,

Straße der Einheit 53, 14806 Belzig,

Telefon: 033841/32547,

E-Mail: potsdam.mittelmark@linkspartei-pds-brandenburg.de

Koalitionsvertrag lesen

In der Kreisgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS, liegt der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.05 aus. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag werden auf jeden Bürger in dieser Gesellschaft, auf jeden Bürger in diesem Landkreis Auswirkungen haben. Welche politische Entwicklung durch die große Koalition verfolgt wird, kann man diesem Dokument entnehmen.

Interessierte Bürger können gern Einsicht in diesen Vertrag nehmen.

Die Kreisgeschäftsstelle ist in Belzig, Straße der Einheit 53, am Busbahnhof, dienstags und donnerstags von 8-16 Uhr geöffnet.

Kontakt: Uta Hohlfeld, 033841/32547